

Stephan Hebel

## Vorwort

Die Abrissbirne war aufgefahren, die ersten Bäume waren gefällt, Wasserwerfer und Pfefferspray hatten ihr Werk getan, da sagte die Bundeskanzlerin der stetig wachsenden Bürgerbewegung gegen „Stuttgart 21“ die Meinung: „Wenn man nur an sich denkt und nicht an kommende Generationen“, rief Angela Merkel, dann „ist das ein Problem für unser Land“.

Egoisten, die „nur an sich denken“ – das sind für die deutsche Regierungschefin nicht etwa die Konzerne, die unter ihrer Regierung so prächtig gedeihen. Der Angriff gilt Bürgerinnen und Bürgern, die aus Sorge um kommende Generationen gegen ein unkalkulierbares Milliardenprojekt protestieren.

Über Angela Merkel lässt sich vieles sagen, aber dafür, dass sie einfach mal so zur Beleidigung Andersdenkender greift, ist sie nicht bekannt. Die Attacke muss ihren Grund haben, und den hat sie. Große Teile der „politischen Klasse“ in Deutschland, die Kanzlerin an der Spitze, empfinden eine Bedrohung der gewohnten Machtbalance. Sie sind zutiefst verunsichert, denn plötzlich geschieht etwas Neues.

Die Tatsache, dass überhaupt demonstriert wird, irritiert sie nicht unbedingt. Das kennt man im etablierten Parteiensystem, und man konnte damit umgehen: Eine Minderheit, meistens ideologisch gut einzuordnen und ohne große Mühe als radikal abzustempeln, protestierte gegen Atomkraft, Straßenbau oder Krieg. Der Rest ging wählen und schwieg. Plötzlich aber, und dafür steht „Stuttgart 21“ Modell, sind die Demonstranten nicht mehr in die Ecke der ewig Unzufriedenen zu stellen. Nicht nur der Linksradikale, nicht nur der Öko-Freak und nicht nur der Pazifist, nein: „Der Bürger“ macht Politik, und der Bürger fordert mehr Macht – wen immer er beim letzten Mal gewählt haben mag.

So wie viele andere haben wir in der Redaktion der Frankfurter Rundschau fasziniert beobachtet, wie die

Mehrheit der Stuttgarter Gesellschaft sich quer durch die Schichten, Altersgruppen und politischen Lager Gehör verschaffte. Ging es da wirklich „nur um einen Bahnhof“, wie Spötter meinten? War und ist der Aufbruch der Bürgergesellschaft auf Stuttgart, auf den Widerstand gegen dieses eine Projekt, begrenzt? Das glaubten und glauben wir nicht. Vielmehr lässt nicht zuletzt die große, bundesweite Resonanz auf etwas anderes schließen: Die Gesellschaft macht sich auf den Weg, die (Macht-)Verhältnisse zwischen Bürgern und Politik neu – und hoffentlich demokratischer – zu ordnen. In Stuttgart und weit über Stuttgart hinaus.

Die Serie, auf der dieses Buch beruht, entsprang dem Wunsch, diese womöglich historische Veränderung über die Chronistenpflicht hinaus zu beleuchten. Wir nahmen uns vor, möglichst viele und sachkundige Stimmen zu sammeln, die es wagten, die Konfrontation schon einzuordnen, während sie noch in vollem Gange war. Wir fragten nicht nur Beteiligte wie den Stuttgarter Oberbürgermeister Werner Schuster und einen seiner öffentlich wirksamsten Kontrahenten, den Schauspieler Walter Sittler. Zu Wort kamen vor allem auch Autorinnen und Autoren, die aus der Distanz der großen Lebenserfahrung (wie Erhard Eppler), der anderen politischen Kultur (etwa Seraina Gross aus der Schweiz) oder der wissenschaftlichen Beobachtung einen Beitrag leisten konnten.

In diesem Sinne sind wir zuversichtlich, dass die Beiträge unserer Serie über den Tag hinaus Gültigkeit haben. Und deshalb sind wir der Anregung, sie in einem Buch zu versammeln, sehr gerne gefolgt.

Nicht alle, aber die meisten unserer Autorinnen und Autoren stehen dem Versuch der Protestierenden, sich das Recht auf nachträgliche Korrektur politischer Entscheidungen zu erkämpfen, positiv gegenüber. Allerdings war uns nicht daran gelegen, eine Freudenbekundung über das große Engagement an die nächste zu reihen. Zu fragen war nach den Chancen, aber auch nach den Risiken eines Prozesses, der – bei nachhaltigem Erfolg – die Architektur der repräsentativen Demokratie grundlegend verändern könnte.

Genau das ist es, was die Bundeskanzlerin und andere aus dem politischen Establishment fürchten. Sie sehen sich, so viel an hehren Motiven darf ihnen unterstellt werden, als Verteidiger eines seit 60 Jahren bewährten,

demokratischen Systems gegen „die Straße“. Sie kennen keine höhere demokratische Vernunft als diejenige des parlamentarisch-repräsentativen Systems. Eines Systems, das ja tatsächlich auch in Sachen „Stuttgart 21“ perfekt funktionierte: In Prozessen, die allgemeingültigen und demokratisch erstellten Regeln folgten, haben die Regierenden, die parlamentarischen Repräsentanten des Volkes und am Ende die dritte Gewalt, die Justiz, entschieden. In den Ergebnissen liegt – so diese Sichtweise – deshalb das höchste erreichbare Maß an Zukunftstauglichkeit und Vernunft.

Auch wer anders denkt, wird zunächst zugeben: Darin steckt etwas vom großen Versprechen der Demokratie. In geregelten Verfahren tauschen die Repräsentanten des Volkes, gewählt und ernannt nach wiederum geregelten Verfahren, alle denkbaren Argumente aus. Keine Meinung, so das Ideal, muss draußen bleiben. Dafür sorgt, spätestens bei den nächsten Wahlen, das in Parteien und Interessengruppen organisierte Volk.

Wer glaubt, dass dieses System auch heute noch hervorragend funktioniert, dem kann es nur irrational erscheinen, wenn dasselbe Volk nach all den rationalen Prozeduren der Entscheidungsfindung noch auf die Straße geht und „Nein“ ruft. Hätten die Demonstranten rationale Gründe, so diese Sicht, dann wären sie ja bei all den Anhörungen und Einspruchsverfahren und Planfeststellungen längst berücksichtigt worden. Und deshalb, so die Projekt-Befürworter, steht auf der Gegenseite das Irrationale: die Angst, der Egoismus, das „Wohlstandsverwöhnte“ (Ulrich Goll, FDP), der „gefährliche Weg in die Stimmungsdemokratie“ (Hermann Gröhe, CDU). Recht kann nicht haben, wer im Verfahren kein Recht mehr hat.

Wer so denkt, kann das Zeichen, das in der zunehmenden Zahl und Breite der Bürgerbewegungen liegt, nicht deuten. Er sieht nicht, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft in den Prozessen und Organisationsformen der repräsentativen Demokratie nur noch unvollständig wiederfindet. Er verpasst die Chance, die parlamentarische Demokratie so transparent und beteiligungsfreundlich zu machen, wie es den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts entspricht.

Dem industriellen Zeitalter bis fast ans Ende des 20. Jahrhunderts mag es angemessen gewesen sein, wie

sich in der Bundesrepublik die wichtigsten Interessen organisierten. Auch lange nach dem Zweiten Weltkrieg ließ sich für alle Bürger relativ leicht nachvollziehen, welche Partei in den zentralen Fragen – technischer Fortschritt, sozialer Ausgleich, innerer und äußerer Frieden – welche Position vertrat. Und wenn sich neue Parteien bildeten, dann wirkte das nur wie ein zusätzlicher Beweis für die Funktions- und Anpassungsfähigkeit des Systems: Erst fand die ökologische Frage ihre Organisationsform in den Grünen, dann bildete sich – als Sammelbecken des Protests gegen soziale Ungleichheit – die Linkspartei, die sich in der ehemaligen DDR schon als Begleiterin von der Diktatur in den Parlamentarismus stabilisiert hatte.

Heute, gut 20 Jahre nach dem Fallen der europäischen Grenzmauern, haben das nahende Ende der Industriegesellschaft und die rasante Globalisierung zu einer großen Unübersichtlichkeit geführt. Alte Bindungen – an die Familie, an den Wohnort, an den Arbeitgeber, an große Denk- und Glaubensgemeinschaften, eben auch an Parteien – verlieren im gleichen Maße an Bedeutung, in dem die alles beherrschenden Anforderungen von Arbeit und Ökonomie uns teils bis zur Unkenntlichkeit flexibilisiert haben.

Die Zeiten sind vorbei, in denen das programmatische, das ideologische Rüstzeug dieser oder jener Partei zu jeder Frage eine Antwort zu geben schien, zumindest eine Richtungsanweisung. Nicht, dass es den Streit der großen Linien nicht mehr gäbe, es gibt ihn vor allem in sozialen Fragen, und zwar mit Recht. Aber gerade dort, wo es die konkrete Gestaltung des eigenen Lebensumfelds betrifft, können Parteiprogramme oft keine Antworten geben.

Nicht einmal Stadträte oder Landtagsabgeordnete vermögen zu entscheiden, was nach den Grundüberzeugungen ihrer Partei wohl die beste Lösung ist, und für die Bürger transparent begründen können sie es erst recht nicht. Welchem Teil des Parteiprogramms soll ein Dresdner CDU-Abgeordneter Vorrang geben: einer reibungslosen Infrastruktur für Wirtschaft und Verbraucher (Waldschlößchen-Brücke) oder dem zutiefst konservativen Wunsch nach Erhaltung des historischen Stadtbildes? Wie soll ein Stuttgarter Sozialdemokrat entscheiden, wenn ihm einerseits Arbeitsplätze und Wohnungen in der neu „entwickelten“ Stadtmitte versprochen werden

und andererseits das Geld für Kindergärten im Tunnel zu versickern droht?

Für die repräsentative Demokratie bedeutet das: Ihre wichtigsten Institutionen, die Parlamente, sind immer weniger Orte des Streits um die Sache. Deren überforderte Mitglieder flüchten sich in die inhaltsentleerte Gemeinschaft des Fraktionszwangs. All das ist, wie gesagt, kein Wunder. Aber es erklärt zu einem guten Teil die gefährliche Entfremdung vieler Bürger von „ihrem“ politischen System.

Wenn die parlamentarische Demokratie ihre Glaubwürdigkeit erhalten – oder wiedergewinnen – will, dann braucht sie die Augen und Ohren der Menschen, und sie sollte sich freuen über jeden, der sich engagiert. Sie wird Mechanismen erfinden müssen, mit denen die erfreulich aktive Bürgergesellschaft früher und wirksamer als bisher in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

Es geht, auch das ist den Beiträgen in diesem Buch zu entnehmen, keineswegs darum, bewährte Prozeduren durch die Willkür „lautstarker Minderheiten“ zu ersetzen, wie manch ein etablierter Parteipolitiker gerne unterstellt. Es geht darum, die gefährliche Lücke zwischen dem Bürgerwillen und dem Handeln der Repräsentanten zu schließen. Es geht darum, zu akzeptieren, dass das Wählen zwischen Parteien allein diesem Bürgerwillen nicht mehr ausreichend entspricht.

Dieses Buch kann keine endgültigen Antworten geben. Noch ist es zu früh, eine zukunftsfeste Architektur unseres demokratischen Systems vollständig zu skizzieren. Sehr wohl aber können die hier abgedruckten Beiträge helfen, den Konflikt um „Stuttgart 21“ besser zu verstehen. Und vielleicht können sie auch helfen, sich ein Bild zu machen vom Reformbedarf unseres politischen Systems, der in Stuttgart beispielhaft verhandelt wird.

*Frankfurt am Main, im Frühjahr 2011*